



Kreisausschuss ist besorgt über Zukunft der Tunnelleitzentrale – Kreis erwartet klares Bekenntnis des Landes zum ländlichen Raum

06.12.2019 GA Gefahrenabwehr Pressemitteilungen FB3_Recht_Aufsicht_Ordnung_Verkehr

Der Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises zeigt sich besorgt über die Zukunft der Tunnelleitzentrale des Landes Hessen, welche im Gefahrenabwehrzentrum des Kreises in Eschwege untergebracht ist und gemeinsam mit dem Kreis betrieben wird.

„Wir haben die Frage, ob es Überlegungen zu einer Veränderung bezüglich des Standortes der Tunnelleitzentrale Hessen gibt dem Bund, dem Land und auch der neuen Autobahn GmbH mehrfach gestellt und seit zwei Jahren keine ehrlichen Antworten bekommen. Deshalb wurde der gesamte Briefwechsel mit der Bundes- und Landesregierung zum Thema Tunnelleitzentrale jetzt in der letzten Sitzung des Kreisausschusses vorgelegt und erörtert“, berichtet Landrat Stefan Reuß.

Der gesamte Kreisausschuss zeigt sich besorgt darüber, dass es hier nach wie vor leider keine klare Positionierung der Landesregierung gibt. „Land und Landkreis haben in den letzten Jahren immer wieder viel in modernste Technik und gut ausgebildetes Personal investiert. Deshalb ist es uns unverständlich, dass es offensichtlich nach wie vor Überlegungen gibt, den Standort Eschwege aufzugeben und eine Konzentration in der neuen Bundesverkehrszentrale in Frankfurt anzusiedeln. Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung immer wieder von einer Stärkung des ländlichen Raumes spricht und die meisten Straßentunnel in Hessen nach der absehbaren Fertigstellung der A 44 im Werra-Meißner-Kreis sein werden, ist es unverständlich, dass die Tunnelleitzentrale Eschwege nach wie vor in Frage gestellt wird“, betont der Landrat.

Stattdessen sollte vielmehr auch im Hinblick auf den Übergang der Autobahnverwaltung der Länder in die Autobahn GmbH des Bundes der Standort beworben und gestärkt werden. Diese Position wird auch vom Bezirksfeuerwehrverband Kurhessen-Waldeck in einer Resolution klar unterstützt, der klar feststellt, dass durch die fehlende Positionierung der Landesregierung bewährte Sicherheits- und Hilfsstrukturen gefährdet werden.

„Wir erwarten deshalb von der Landesregierung jetzt ein klares Bekenntnis zum Standort Eschwege. Unsere Landtagsabgeordneten sind hierzu ebenfalls gefordert über alle Parteigrenzen hinweg sich für unseren Kreis, für die Arbeitsplätze und den Standort einzusetzen“, fasst der Landrat die einmütige Forderung des gesamten Kreisausschusses zusammen.

Weiterhin kündigt der Landrat an die Frage der Zukunft der Tunnelleitzentrale auch zum

Thema im Kreistag zu machen.

[Download](#)